



HESSISCHER LANDTAG

24. 01. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend keinen Verkauf der Landesanteile an der Nassauischen Heimstätte-Wohnstadt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag stellt fest:

1. Wohnen ist nach Artikel 25 der UN-Menschenrechtserklärung ein Menschenrecht.
2. Eine aktive Wohnungspolitik gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und daher zu den Kernaufgaben der hessischen Landespolitik.
3. Das Interesse gerade einkommensschwacher Haushalte an erschwinglichem Wohnraum darf nicht dem Ziel der Haushaltskonsolidierung geopfert werden. Deshalb darf die Nassauische Heimstätte-Wohnstadt weder zerschlagen noch privatisiert werden.
4. Die Nassauische Heimstätte leistet als Partner der Städte und Gemeinden in mehr als 170 Stadtentwicklungsprojekten einen wichtigen Beitrag zur Landesentwicklung.

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung und den Finanzminister auf, die Diskussion um den Verkauf der Nassauischen Heimstätte-Wohnstadt ein für allemal zu beenden und den Erhalt der Beteiligung des Landes an dem Unternehmen zu garantieren.

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich eine aktive Rolle auf dem hessischen Wohnungsmarkt einzunehmen und die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte-Wohnstadt als Instrument der Wohnungs-, Landes- und Stadtentwicklungspolitik zu stärken und auszubauen.

Begründung:

Die Nassauische Heimstätte wurde 1922 als Landesentwicklungsgesellschaft gegründet. Die sich noch heute überwiegend im Landesbesitz befindliche Nassauische Heimstätte-Wohnstadt versorgt in 151 Kommunen mit ihrem Wohnraumangebot von über 63.000 Wohnungen überwiegend einkommensschwache Mieterinnen und Mieter. Ein Verkauf der Landesanteile würde zu einer Zerschlagung der landeseigenen Gesellschaft führen und wäre damit ein Rückschlag für eine eigenständige Strukturpolitik der Landesregierung. Wie bei Wohnungsverkäufen zuvor müssten zahlreiche überwiegend ältere und sozial benachteiligte Mieterinnen und Mieter mit Mietsteigerungen und finanziell erzwungenem Auszug rechnen.

Auch ein von einigen Städten vorgeschlagener Tausch städtischer Gesellschaftsanteile gegen Übernahme von Wohnungsbeständen ist keine sinnvolle Lösung. Eine solche Zerschlagung der Nassauischen Heimstätte-Wohnstadt, bei der sich einige Städte die "Rosinenstücke" herauspicken könnten, führt zu einer immensen Benachteiligung der Mieterinnen und Mieter insbesondere in den ländlichen hessischen Regionen.

Die zutreffende Einschätzung, die Vertreter von CDU und FDP nach dem Verkauf der GWH gaben, dass eine große Gesellschaft gebraucht würde, um auf dem überhitzten Wohnungsmarkt weiter regulierend eingreifen zu können, trifft nach wie vor zu. Insbesondere in den großen Städten sowie im gesamten Rhein-Main-Gebiet ist ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Nassauischen Heimstädte-Wohnstatt in öffentlicher Hand politisch notwendig.

Wiesbaden, 24. Januar 2012

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Schaus